Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr. Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 220. Abendblatt. Dienstag, den 12. Mai 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 11. Mai. Die hiesige „Bank- und Handels-Ztg." enthält wieder einige Sensations-Nachrichten. Sie theilt zuerst mit, daß man in Wien an der Erhaltung des Friedens zweifele oder doch wenigstens den Glauben Anderer an denselben zu erschüttern suche und knüpft daran eine Korrespondenz aus Wien, deren Verfasser seine Inspirationen aus der Reichskanzlei empfangen haben soll. Diese Korrespondenz enthält dieselben Mittheilungen, die in ganz ähnlicher Weise schon früher in der „A. Allg. Ztg." gestanden haben, daß sich nämlich die Spannung zwischen Frankreich und Preußen von Tage zu Tage steigere und daß die beiderseitigen Rüstungen Dimensionen annähmen, welche es namentlich dem Kaiser Napoleon unmöglich machen würden, noch einmal einfach abzurüsten. Die „Bank- u. Hdls.-Ztg.", deren Redaktion sich in Berlin befindet, müßte jedenfalls wissen, daß in Preußen gar keine Rüstungen stattfinden und hätte diese dergleichen Nachrichten über preußische Rüstungen, selbst wenn sie von einem Korrespondenten aus der Wiener Reichskanzlei herrühren, nicht ohne irgend eine Bemerkung, nicht ohne irgend einen Zweifel an der Wahrheit derselben aufnehmen sollen. Es muß der „Bank- und Hdls.-Ztg." bekannt sein, daß in Preußen Truppen-Reduktionen geschehen sind, daß Artillerie und Train, wie überhaupt die Gesammtheit aller Truppenkörper auf dem Friedensfuße sich befinden. Was dann die Nachrichten über eine angeblich täglich steigende Spannung zwischen Frankreich und Preußen betrifft, so sind dieselben vollständig erfunden. Die Mainzer Frage, welche diese Spannung hervorgerufen haben soll, existirt überhaupt nicht, weil die Besatzungsverhältnisse von Mainz durch Verträge zwischen Preußen und Hessen fest geregelt sind. Frankreich hat demnach auch gar nicht versucht, sich in diese innere deutsche Angelegenheit einzumischen und würde, wenn es dies gethan hätte, sofort auch vor einem Kriegfall gestanden haben. Die ganze Geschichte scheint übrigens darauf hinauszulaufen, Oesterreich einen vermittelnden Einfluß zu oktroyiren, da aber von keiner Spannung zwischen Frankreich und Preußen die Rede, bedarf es auch dieser Vermittelung Oesterreichs nicht. Daß es sich vor Allem auch hierbei wieder um eine Baisse-Spekulation handelt, darauf läßt der Schluß der ganzen Nachricht schließen, daß in Oesterreich deshalb eine bewaffnete Aufstellung in Aussicht stehe, wovon auch bereits öfter der Finanzminister in seinem Exposé Mittheilung gemacht habe. — Der „Bank- und Handels-Ztg." wird weiter auch aus Luxemburg geschrieben, daß dort wieder eine lebhafte Bewegung für die Annexion an Frankreich im Gange sei. Auch davon ist hier nichts bekannt und die Verbreitung auch dieser Nachricht hängt allen Anzeichen nach gleichfalls mit der erwähnten Baisse-Spekulation zusammen. — Zur Beruhigung des Publikums theilt andererseits die Wiener „Presse" die Nachricht mit, daß Preußen die Vermittelung Oesterreichs in der nordschleswigschen Frage nachsuchen wolle. Nach dem Blatt sollen Oesterreich von Preußen zunächst Mittheilungen über den Stand der Verhandlungen mit Dänemark, deren Angaben über die beabsichtigten Konzessionen an dasselbe gemacht und schließlich von ihm der Wunsch ausgesprochen werden, daß Oesterreich diese Propositionen in Kopenhagen befürworten möge. Damit die Nachricht nicht verloren geht, ist sie gleichzeitig auch der „Intependence" mitgetheilt worden. Die Nachricht ist indessen ohne allen Grund. In Oesterreich mag der Wunsch nach einer Vermittelung in der nordschleswigschen Angelegenheit vorhanden sein, die Absicht Preußens, dieselbe anzurufen, liegt indessen nicht vor. — In Folge der ersten Kommunion des Kaiserlichen Prinzen von Frankreich ist von demselben neuerdings wieder viel die Rede gewesen. Berichte eines Augenzeugen über das Befinden des Prinzen konstatiren gegenüber den früheren Nachrichten, daß derselbe in seiner körperlichen und geistigen Entwickelung große Fortschritte gemacht hat und zu den besten Hoffnungen berechtigt. — Der Schluß des Zollparlaments wird jedenfalls erst Ende dieses Monats erfolgen können. Der Reichstag wird nach diesem Schluß seine Arbeiten sofort wieder aufnehmen und so lange fortsetzen, bis die Feststellung des Budgets geschehen ist. Die Nachricht, daß daß Budget dem Reichstage erst in einer außerordentlichen Herbstsession vorgelegt werden solle, ist, wie wir hören, nicht begründet. — Der Etat des Bundeskanzler-Amtes ist für das Jahr 1869 mit 178,350 Thlr. veranschlagt; der vorjährige Etat betrug nur 70,550 Thlr. Die Mehrausgaben werden namentlich durch die Ausgaben von Pensionen für die Angehörigen der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee, im Betrage von 76,000 Thlr. veranlaßt. — Es zeigt sich jetzt eine große Rührigkeit in Angelegenheiten des Eisenbahnbaues. Es gehen viel mehr Anträge auf Konzession zum Bau von Eisenbahnen als früher ein. Dieselben betreffen namentlich solche Bauten, die bestimmt sind, eine kürzere Verbindung zwischen verschiedenen Punkten herzustellen, als durch die bereits vorhandenen Bahnen gewährt wird. Namentlich ist das Eisenbahnnetz dabei in Betracht gekommen, das in der Nähe von Berlin liegt.

Berlin, 12. Mai. Se. Majestät der König verweilte am Sonntag Nachmittags nach dem Dejeuner im Stadtschlosse zum Besuche im Neuen Palais zu Potsdam, kehrte mit dem Lokalzuge um 5 Uhr von dort hierher zurück, machte eine Spazierfahrt durch den Thiergarten und erschien Abends im Opernhause. Gestern Morgens nahm der König die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Geh. Kabinetsrathes v. Mühler, des Geh. Hofrathes Bork entgegen, begab sich darauf gegen 2 Uhr mit dem Prinzen und der Frau Prinzessin Karl nach dem zoologischen Garten und arbeitete nachher mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Zum Diner waren mit einer Einladung beehrt der Herzog von Ratibor, der Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, der Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh, der Minister v. Schlör, der Reichsrath Graf Arco Valley, die Kämmerer Graf Arco-Stepperg und Baron v. Guttenberg aus München, der General der Kavallerie v. Tümpling, die Generale v. Alvensleben, v. Oberniß, v. Pape, Oberst v. Werder, die Oberstlieutenants v. Tietzen und Hennig, v. Papstein, Wynecken, v. Besser, Major Bogun v. Wangenheim, der russische Militär-Bevollmächtigte General Graf Kutusow, der russische General-Lieutenant Schulz, der würtembergische Oberst v. Suckow, die hier eingetroffenen acht darmstädtischen Offiziere. — Abends erschien der König im Opernhause.

— Der Kronprinz kehrt nach einer dem Hofe zugegangenen Meldung heute Nachmittags aus Italien über Baden-Baden nach Potsdam zurück; dorthin begiebt sich Abends auch der König, besichtigt morgen auf dem Bornstädter Felde das 1. Garde-Regiment, das Garde-Jäger-Bataillon und die Unteroffizierschule und speiste dann Nachmittags im Neuen Palais bei den Kronprinzlichen Herrschaften.

— Dieser Tage hat sich hier ein Comité gebildet, welches die Arrangements trifft zu einem Festmahl zu Ehren der süddeutschen Mitglieder des Zollparlaments. Das Fest soll kurz vor Schluß der Session bei Kroll gefeiert werden.

— (Post.) Gestern fand der so viel besprochene Besuch des Kaisers Napoleon in Orleans statt und die Nachricht, daß derselbe dort keine politische Rede halten würde, hat sich vollständig bestätigt. Die wenigen Worte, welche dem Maire und dem Erzbischof als Erwiderung auf ihre Begrüßungen zu Theil wurden, enthalten schlechterdings nicht den geringsten Anhaltepunkt für eine politische Auslegung nach irgend einer Richtung hin, die Stadt Orleans und die Basilika mit ihren historischen Erinnerungen bilden den einzigen Inhalt der kurzen Phrasen. So ist diese Gelegenheit, ein Orakel zu vernehmen, also vorüber, die Reise nach Orleans ist für Diejenigen, welche sich vorbereitet hatten, aus den Worten des Kaisers zu weissagen, verloren, und wir können uns darüber nicht beklagen. Denn sollte sie nur den Frieden verbürgen, so war sie überflüssig und es konnte höchstens noch mißtrauisch machen, daß man dies mit solcher Ostentation in Scene setzte; auf der andern Seite aber hätte die geringste Hindeutung darauf, daß Frankreich für jeden Fall gerüstet sein müsse oder etwas dem Aehnliches für gewisse Politiker genügt, um der Rede eine ganz andere Auslegung zu geben, als ihr zugekommen wäre.

— Durch das Verbot, welches das Spiel an den Banken von Wiesbaden, Ems und Homburg an Sonn- und Feiertagen untersagt, hat Nauheim sehr gewonnen. Um den Aktionären das Geschäft noch einträglicher zu machen und noch mehr Gimpel zu fangen, hat sich die Großherzoglich hessische Regierung veranlaßt gesehen, sich bei der Direktion der Main-Weserbahn dahin zu verwenden, daß alle Sonn- und Feiertage ein Extrazug von Frankfurt nach Nauheim abgelassen wird. Während Preußen gegen die Banken einschreitet, nimmt sich der hessische Landesvater derselben an.

— Aus Paris wird gemeldet, daß das dortige Kabinet den Vorgängen in Rumänien eine große Aufmerksamkeit zuwendet, und daß sich auf dieselben die Instruktionen beziehen, welche nach der Angabe inspirirter Journale Hrn. v. Talleyrand in Petersburg zugegangen sind. Eine identische Note dürfte schon in den nächsten Tagen nach Bukarest abgehen.

— Die Verhandlungen mit der Schweiz wegen Abschluß eines Zollvertrages haben zu keinem Resultat geführt; die schweizerischen Unterhändler haben Berlin bereits verlassen.

— Mehrfach ist das Gerücht verbreitet, und es ist auch in das sonst gut über Parlamentarisches unterrichtete „Dresdener Journal" übergegangen, das Zollparlament werde seine Arbeiten bis zum 19. d. Mts. beenden und gleich darauf, also noch vor Pfingsten, der Reichstag geschlossen und das Budget in einer außerordentlichen Herbstsession vorgelegt werden. Ein Korrespondent der „Köln. Ztg." kann verbürgt melden, daß diese Angabe völlig grundlos ist; sie lehnt sich an das gleichfalls grundlose Gerücht, es werde die Gewerbeordnung zurückgezogen werden. Mit Bestimmtheit meldet der Korrespondent, daß unter allen Umständen das Budget jetzt vorgelegt und erledigt werden soll, so daß der Reichstag, wie sehr und mit Recht die Mitglieder auch die Heimreise ersehnen mögen, nach dem Zollparlament wieder zusammentreten muß. Richtig ist, daß man die Arbeiten so viel wie irgend möglich beschleunigen will. Bei aller Anstrengung wird jedoch der Schluß des Zollparlaments kaum vor dem 27. oder 28. d. Mts. erfolgen können.

— Im Reichstage hat der Abg. Freiherr v. Hagke einen Antrag eingebracht, dahin gerichtet, den Bundeskanzler zu ersuchen, 1) die zur Wiederherstellung eines deutschen Reichsarchivs erforderlichen Schritte zu thun, und dahin zu wirken, daß die öffentlichen Archive der zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten diejenigen Reformen erhalten, welche dem wissenschaftlichen und dem nationalen Bedürfnisse entsprechen. In den soeben erschienenen „Hirth's Annalen" (Heft II. und III.) finden wir in einem Aufsatze des Antragstellers eine vortreffliche Begründung des Vorschlags. Es handelt sich bei Gründung eines Reichsarchivs auch um Ausführung des Art. VI. des Prager Friedens von Seiten Oesterreichs, denn Oesterreich hat Deutschland als Bundeseigenthum zurückzugeben, was es mißbräuchlich und heimlich aus Frankfurt a. M. nach Wien entführt hat, nämlich das „Mainzer erzkanzlerische Reichsarchiv."

— Die freihändlerische Vereinigung hat sich in ihrer Sitzung am Sonnabend Abend gegen die Petroleumsteuer ausgesprochen.

— Zollparlament. 10. Sitzung vom 11. Mai. Präsident Simson eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Tische der Bundes-Kommissarien: Präs. Delbrück, Ministerialdirektor v. Philipsborn, Baron v. Linden, Ober-Finanzrath v. Riecke rc. Die Bänke des Hauses und die Tribünen sind äußerst spärlich besetzt. — Der Abg. v. Eicke (Ohlau) zeigt an, daß er zum Landrath ernannt, sein Mandat daher erloschen sei. — Präsident Simson zeigt an, daß ihm gestern der Gesetz-Entwurf wegen Abänderung des Zoll-Tarifs zugegangen sei. Er habe denselben zum Druck gegeben und die Versammlung werde in der nächsten Sitzung über die geschäftliche Behandlung dieses, wie des Gesetz-Entwurfs wegen der Tabackssteuer Beschluß zu fassen haben. — Vor dem Eintritt in die Tagesordnung rechtfertigt Abg. v. Hennig seine Aeußerungen über das frühere Verhalten des Abg. Mohl durch Hinweis auf die stenographischen Berichte der würtembergischen Kammern. Abg. Mohl erwidert. Abg. v. Hoverbeck: Ich dächte, wir unterließen die Erörterung von Handlungen, die vor 30 Jahren stattgefunden haben, denn ich glaube, es ist Mancher unter uns, der heute nicht mehr unterschreiben würde, was er vor 3—4 Jahren geäußert hat! (Lebhafter Beifall.) — Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Vorberathung des Handelsvertrages mit Oesterreich. — (Anlage B. Zollsätze für die Einfuhr aus Oesterreich nach dem Zollverein). Zu Nr. 20 „Leingarn, Leinwand und andere Leinenwaaren" bemerkt Abg. Dr. Waldeck: Die Herabsetzung des Eingangszolles von 2 Rß auf 15 Sgr ans Oesterreich würde nur einen Erfolg haben können, wenn sich Frankreich zu einem gleichen Zugeständniß bequemte. Von Oesterreich allein kann die Leinen-Industrie keinen Vortheil erwarten. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses wegen Herabsetzung der Leinenzölle hatte nicht den Sinn, daß eine solche Herabsetzung in jedem Vertrage mit einem einzelnen Staate erfolgen sollte, sondern den, daß diese Herabsetzung im volkswirthschaftlichen Interesse allgemein nach bestimmten Grundsätzen eintreten solle. Wenn ich trotzdem nicht gegen diese Position stimme, so geschieht dies deshalb, weil mir an dem Zustandekommen des Vertrages mit Oesterreich vor allen Dingen gelegen ist, und weil dieser Vertrag die Bedingung ist, unter der Mecklenburg in den Zollverein eintritt. Ich wünsche, daß bei der Abänderung des Zolltarifs doch einigermaßen Rücksicht genommen würde auf die begründeten Wünsche einer so großen und wichtigen Industrie. — Abg. Rost (Hamburg): Die Bemühungen des Parlaments müssen sich nicht auf einzelne Industriezweige allein erstrecken, sondern man muß im Allgemeinen auf eine gesunde Handelspolitik hinwirken, deren Aequivalent das deutsche Volk in sich trage. — Abg. Lukas (Baiern) erklärte sich gegen die Herabsetzung des Zolles. — Abg. Russell (Oldenburg): Die Leinen-Industrie kann eine Herabsetzung des Zolles sehr wohl ertragen. Eine Schädigung derselben tritt nicht durch die Zollherabsetzung ein, sondern die Schuld daran tragen die ungünstigen Konjunkturen. — Abg. Mohl: Das Aufhören der Leinen-Industrie in allen Staaten des Kontinents ist eine Folge der Schutzzölle. Der Vertrag mit Oesterreich arbeitet auf den Untergang der gesammten Industrie hin. — Abg. Miquel: Was die Berichte der Handelskammer anlangt, so ist es ein öffentliches Geheimniß, daß daselbst Spezial-Interessen überwiegend sind. Deshalb kann man ein entscheidendes Gewicht auf solche Erklärungen nicht legen. Ich bin nach wie vor der Ueberzeugung, daß die Konzessionen, welche man Oesterreich gemacht hat, unseren gesammten Interessen widerspricht. — Präs. Delbrück: Ich bin damit einverstanden, daß die Erklärungen der Handelskammern von stehenden Interessen diktirt sind und daß man dahin kommen muß, daß ein übermäßiger Werth auf diese Erklärungen nicht zu legen ist. Hätte man die Ueberzeugung gehabt, daß eine Ermäßigung der Zölle der Leinen-Industrie ein unheilbaren Schlag beibringen würde, so würde man darauf natürlich nicht eingegangen sein, selbst um den Preis, daß der Vertrag nicht zu Stande gekommen wäre. — Abg. Schäffle (Tübingen) spricht für, Abg. Faustel (Bayreuth) gegen die Ermäßigung. Der Redner schließt mit der Bitte, daß der Bundesrath Alles thun möge, was zulässig ist, ohne irgend ein anderes Interesse zu schädigen, um den Kampf, in den die Industrie unzweifelhaft geworfen wird, nach Möglichkeit zu erleichtern. (Beifall.)

Abg. Camphausen (Neuß) spricht für den Vertrag. Durch denselben werde der Schutz nicht aufgehoben, sondern nur vermindert. Auch er wünsche eine Reziprozität in Frankreich und Belgien, bis zur Herbeiführung einer solchen dürfe aber nicht mit den im Vertrage vorgesehenen Tarifänderungen gewartet werden. — v. Delbrück bemerkt, daß aus Anlaß des vorliegenden Vertrages und seiner Tarifänderungen mit Frankreich keine Verhandlungen über den Leinengarnzoll stattgefunden haben. — Abg. Waldeck nimmt das Gutachten der Handelskammer in Bielefeld gegen den Vorwurf der Einseitigkeit in Schutz. Der Zollverein muß jetzt, nachdem er eine solche Stellung errungen, auch eine selbstständige Handelspolitik treiben und nicht so ohne Weiteres Tarifänderungen vornehmen auf den Wunsch anderer Staaten. — Bei Pos. 22 (Mehl, Mahlproducte und andere Verzehrungsgegenstände) spricht zu Litt. n. (Wein, Most und Cider) — Abg. Diffené (Mannheim). (Bei der Unaufmerksamkeit des Hauses schwer verständlich): Der Haupt-Konkurrent der Deutschen in der Wein-Industrie sei bisher Frankreich, besonders in Rothweinen. Durch die Herabsetzung des Zolles im Verkehr mit Oesterreich sei also in dieser Beziehung eine nachtheilige Konkurrenz nicht zu befürchten. Auch in Betreff der anderen Weinsorten sucht er nachzuweisen, daß die Zollherabsetzung für Wein keinen nennenswerthen Nachtheil für unsere Industrie bringe; ein Vortheil vielmehr erwüchse für dieselbe durch die Erschließung des Absatzfeldes nach Mecklenburg. Er empfahl in Folge dessen die Annahme der Position. — Abg. Dr. Bamberger erklärt, daß er in nächster Zeit einen Antrag einbringen werde zum Zwecke der Kompensation gegen den Nachtheil, der uns durch die Annahme dieser Position zugefügt wird. Es ist doch wohl naturgemäß, ein fremdes Produkt etwas höher zu belasten, als die inneren Produkte; die Herabsetzung aber nivellirt die inneren und äußeren Steuern beinahe gänzlich. Die inneren Steuern sind aber viel lästiger für Produzenten, Händler und Konsumenten, zumal bei der hessischen Steuergesetzgebung. Diese Steuern sind noch ein Ueberbleibsel aus der französischen Zeit und schließen eine außerordentlich lästige Kontrole und Quälerei der Produzenten in sich. Hier ist eine Abhülfe dringend nöthig. (Graf Bismarck tritt ein.) Es ist dies keine blos finanzielle, sondern eine allgemein politische Frage. Jede Gelegenheit muß wahrgenommen werden, um diese veralteten Gesetze der Kleinstaaten dem jetzigen Bedürfnisse adäquat zu machen. — Redner verbreitet sich über ein Beispiel aus Hessen, unter wiederholtem Ruf: „Zur Sache!" und fährt dann weiter fort: Ein praktisches Mittel uns zu helfen, könnte uns Artikel 5 des Handels- und Zollvertrags an die Hand geben, worin ausgesprochen wird, daß die einzelnen Regierungen sich bemühen wollen, eine gleichmäßige indirekte Besteuerung einzelner Gegenstände herbeizuführen." Wir wissen nun freilich nicht, wie weit der gute Wille der Regierungen in dieser Beziehung geht. Wir wollen nun aber unser Resolutions- und Petitionsrecht dazu benutzen, um auf Grund des Art. 5 die Bundesregierungen aufzufordern, durch einen Ausgleich der Weinsteuer im ganzen Zollvereinsgebiet unseren drückenden Verhältnissen abzuhelfen. Und da möchte ich Sie denn (nach rechts gewandt) ergebenst und allerunterthänigst ersuchen, dann nicht mit allerlei Inkompetenzeinreden allzu freigebig zu sein. Ich weiß, daß bei diesen Inkompetenzerklärungen zweierlei Tendenzen im Hause maßgebend sind; die Einen wollen den Süden durch Wohlwollen an sich ziehen und fesseln, die Andern wünschen, den Süden durch Absperrung auszuhungern. Den Anhängern dieser Theorie möchte ich zu verstehen geben (Ruf: zur Sache!) — Präsident Simson unterbricht den Redner und erklärt, daß er jetzt in dieser Weise nicht sprechen könne; seine Bedenken in Betreff der Inkompetenz möge er vorbringen, wenn über den betreffenden Antrag verhandelt werde. — Abg. Bamberger (fortfahrend): Um nicht Gefahr zu laufen, weiter unterbrochen zu werden, will ich schließen. Wenn Sie aber glauben, durch Inkompetenzerklärung den Süden auszuhungern, so kann ich versichern, daß wir Hessen schon vollständig genug ausgehungert sind und so durch Hunger gezähmt, daß wir ganz bereit sind in den norddeutschen Bundeskäfig uns einsperren zu lassen. (Heiterkeit.)

Abg. Braun (Wiesbaden): Obgleich ich Vertreter der besten Wein-

gegend der Welt hin (Heiterkeit), Rüdesheim, Steinberg u. s. w., bin ich doch mit der Herabsetzung des Weinzolles vollständig einverstanden. Schon bei der Berathung des deutsch-französischen Handelsvertrages habe ich mich dafür ausgesprochen. Es ist mir damals freilich nicht gelungen, meine Wähler zu überzeugen; und die Folge war, daß sie mich 1864 durchfallen ließen (Heiterkeit), wos mir übrigens weiter keinen Schaden zugefügt hat. Nach Einführung des Handelsvertrages aber überzeugten sie sich, daß die Tarifreform, verbunden mit der Beseitigung der Binnenzölle, der Aufhebung der Uebergangsabgabe zwischen Nord- und Süddeutschland, nach beiden Seiten hin zweckmäßig gewirkt hat. Diese Erfahrung giebt mir den Muth, gegenwärtig aus Ueberzeugung von der Heilsamkeit der Tarifreform für den Vertrag zu stimmen, obgleich die Mehrzahl der süddeutschen Weinproduzenten gegenwärtig anderer Meinung sind. Die französischen Weine sind nur die Pioniere, die einer stärkeren Kraft Platz machen werden, den süddeutschen Weinen. So viel Vertrauen habe ich zur menschlichen Vernunft und zur menschlichen Zunge (Heiterkeit). Wo aber der Grundsatz der Freiheit nach Außen eingeführt wird, müssen auch Steuerreformen im Innern eintreten: und ich schließe mich in dieser Beziehung meinem Vorredner an. Es müssen nicht nur die gemeinschädlichen binnenländischen Konsumtionsabgaben beseitigt werden, sondern auch die 20 pCt. Rabatt wegfallen, welche der Weingroßhandel für französische Weine noch enthält. Denn hierin liegt ein Schutzzoll zum Nachtheil der inländischen und zum Vortheil der ausländischen Produkte. Die Gründe, die früher dafür maßgebend waren, wie der hohe Eingangszoll ꝛc, sind weggefallen durch Ermäßigung des Zolles. Eine Resolution will ich hier nicht stellen, da diese Frage den Vertrag nicht berührt, sondern nur eine Frage der inneren Verwaltung ist. Ich empfehle aber dem Zollbundesrath diese Fragen in Erwägung zu ziehen, ebenso wie eine gleichmäßige Besteuerung des Weines im Innern. — Es sprachen darauf die Abgg. Roßhirt, Metz und Grumbrecht. — Präsident Delbrück: Die Regierungen haben lange gezögert, ehe sie sich entschlossen haben, auf den bisherigen Zollsatz für Wein zu verzichten. Würden sie weniger bedenklich gewesen sein, so hätte man diesen Vertrag vielleicht schon vor einem Jahre unterzeichnen können. Da in wirthschaftlicher Beziehung bisher keine Bedenken gegen diese Herabsetzung laut geworden sind, so gehe ich nur auf die von dem Herrn Vorredner berührten finanziellen Bedenken näher ein. Kaum mit irgend einem Finanzartikel hat der Zollverein so lehrreiche Erfahrungen gemacht, wie mit Wein. Derselbe unterlag früher einem Zollsatz von 8 Thlr. In der Zeit von 1842 bis 1862 kamen auf den Kopf der Bevölkerung eine durchschnittliche Einnahme von 1,58 Sgr. Im Jahre 1853 wurde der Weinzoll abgeändert; für Wein in Flaschen blieb der alte Zoll von 8 Thlr. bestehen, für Wein in Fässern wurde er auf 6 Thlr. herabgesetzt. In der Zeit von 1853 bis 63 war die durchschnittliche Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung 1,33 Sgr.; im Jahre 1865 ist der Zoll für Wein in Fässern und in Flaschen auf 4 Thlr. herabgesetzt, und als durchschnittliche Einnahme auf den Kopf der Bevölkerung ergab sich für die Jahre 1866 und 67 1,31 Sgr. Nach einem Zollerlaß also von Anfangs 1½ Millionen und dann 900,000 Thlr. ist doch nur eine Ermäßigung der Einnahmen pro Kopf von 1,58 Sgr. auf 1,33 und 1,31 Sgr. eingetreten. Diese Erfahrungen sind vollkommen geeignet, die Befürchtungen des Vorredners zu heben. Ich weiß zwar wohl, daß jede Zollermäßigung ihre Grenze hat, ich glaube aber, mit dem in Augenblicke bestehenden Zollsätzen wird diese Grenze noch nicht erreicht. — Der Schluß der Debatte über diese Position wird angenommen.

Zu Art. 4 erklärt sich der Abg. v. Hennig gegen Erhebung irgend eines Ausgangszolles, enthält sich jedoch, einen bezüglichen Antrag zu stellen. — Abg. v. Sänger bringt zur Sprache, daß im Widerspruch mit dem Art. 4, 2 des Vertrages die bei der Ausfuhr des Branntweins in Oesterreich bewilligte Ausfuhrvergütigung höher ist, als die innere Besteuerung des Branntweins. — Präsident Delbrück antwortet, daß den Regierungen das geschilderte Verhältniß bekannt sei und daß an die österreichische Regierung der Antrag gerichtet worden sei, die Ausfuhrvergütigung herabzusetzen. Diese Herabsetzung sei aber durch Gesetz vom 28. März d. J. bereits geschehen. — Abg. Müller (Lauban) hebt ausführlich die Nachtheile des von Lumpen, Makulatur und Papierspänen erhobenen Ausgangszolles hervor, zumal die Höhe dieser Abgabe in Oesterreich und im Zollvereine eine verschiedene sei, wodurch gerade die Ausfuhr der besten Lumpen zum Nachtheile der einheimischen Papierfabrikation begünstigt werde. — — Zu Art. 6, Litt. b., beantragen die Abg. Dr. Friedenthal und von Göler, unterstützt durch zahlreiche Mitglieder aus Süddeutschland und allen Fraktionen: Das Präsidium des Zollvereins zu ersuchen, mit der österreichischen Regierung, im Anschluß an die bevorstehenden gemeinschaftlichen Zollermäßigungen, in Verhandlung zu treten Behufs Verständigung über gemeinsame Maßregeln, dazu geeignet, in den beiderseitigen Zollgebieten der Rinderpest vorzubeugen, beziehungsweise dieselbe zu unterdrücken. — Abg. Mohl erklärt sich gegen diesen Antrag. — Nachdem Abg. v. Göler mit warmen Worten unter Beifall des Hauses die Resolution zur Annahme empfohlen, wird dieselbe mit großer Majorität angenommen. — Bei Art. 10 spricht der Abg. Krieger (Posen) seine Befriedigung über das zur Beseitigung des Schleichhandels abgeschlossene Zollkartel aus. — Abg. Twesten hält auch die Einführung allgemeiner Strafbestimmungen für wünschenswerth, Bundeskommissar Delbrück erklärt dies vorläufig weder für möglich noch für nothwendig. — Zu Art. 18, dessen erster Satz lautet: „Die Angehörigen der vertragenden Theile sollen gegenseitig in Bezug auf den Antritt, den Betrieb und die Abgaben von Handel und Gewerbe den Inländern völlig gleichgestellt sein", tadelt Abg. Bluntschli, daß derselbe in verschiedener Weise ausgelegt werden könne, indem es scheinen könne, als ob dadurch eine völlige Freizügigkeit zwischen den Zollvereinsstaaten und Oesterreich hergestellt sei. — Bundeskommissar Delbrück: Die Interpretation ist nicht richtig. — Der Artikel 18 enthält gar keine Vereinbarung über die gegenseitige Freizügigkeit oder das Recht, sich niederzulassen. Er bestimmt lediglich, daß der Angehörige des einen Theils, welcher sich in dem Gebiete des andern niedergelassen hat, alsdann in der Befugniß zum Gewerbebetrieb, Besteuerung u. s. w. ganz wie der Inländer behandelt werden soll. — Zu den übrigen Artikel des Vertrags nimmt Niemand mehr das Wort. Ueber den ganzen Vertrag wird namentlich abgestimmt. — An die übrigen Artikel knüpft sich keine Debatte. Es wird in Folge dessen zur Abstimmung über den ganzen Handelsvertrag geschritten, und zwar zur namentlichen. Der Vertrag wird mit 246 gegen 17 Stimmen angenommen; mit Nein stimmte nur ein Theil der Süddeutschen. — Von den Süddeutschen fehlten u. A. v. Varnbüler, v. Roggenbach, Abg. Harkort enthielt sich der Abstimmung. Die anwesenden Polen stimmten für den Vertrag. — Die in Bezug auf den österreichischen Handelsvertrag eingelaufenen Petionen werden für erledigt erklärt. Schluß 3¼ Uhr. — Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr, Tagesordnung: Beschluß über die geschäftliche Behandlung der die Tabackssteuer und die Tarifveränderungen betreffenden Vorlagen.

Aachen, 10. Mai. Wie die „A. Ztg." hört, wurde vor Kurzem einer hiesigen angesehenen Nadelfabrik von Seiten des französischen Gouvernements der Antrag gestellt, die Lieferung sämmtlicher Zündnadeln für die Chassepot-Gewehre der französischen Armee zu übernehmen. Der Inhaber der Fabrik, welcher, beiläufig bemerkt, auch die Zündnadeln für das preußische resp. norddeutsche Heer liefern soll, lehnte jedoch das übrigens für unsere Aachener Industrie höchst schmeichelhafte Ansuchen Frankreichs ab.

Schwerin, 11. Mai. Die Vermählung des Großherzogs mit der Prinzessin Marie von Schwarzburg-Rudolstadt wird am 4. Juli stattfinden. Am 9. Juli wird das Großherzogliche Paar seinen Einzug in Ludwigslust, am 13. in Schwerin, am 25. in Rostock und am 13. August in Wismar halten.

Gotha, 10. Mai. Ihre K. Hoh. die Kronprinzessin von Preußen beabsichtigt dem Vernehmen nach einen Theil des Sommers auf dem Lustschlosse Reinhardsbrunnen zuzubringen und wird, wie man vernimmt, bereits zu Anfang des künftigen Monats daselbst eintreffen. Von Sr. Hoh. dem Herzoge sind J. K. Hoh. die sämmtlichen Gebäude zur Verfügung gestellt worden. — In der Kommission des Landtags hat sich Opposition gegen das vorgelegte Stempelsteuergesetz kundgegeben und es soll ein Antrag auf Ablehnung desselben beim Plenum eingebracht werden.

Baden-Baden, 11. Mai. Der Kronprinz von Preußen ist in vergangener Nacht hier eingetroffen. Derselbe stattete heute der gegenwärtig hier verweilenden Königin von Preußen einen Besuch ab. Die Großherzogin von Baden war anwesend, der Großherzog wird erwartet. Der Kronprinz gedenkt bis morgen hier zu verweilen.

Ausland.

Wien, 9. Mai. Am 22. d. wird der Kaiser nach Prag abreisen und auf dieser Reise von dem Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg und von dem Minister des Innern Dr. Giskra begleitet sein. Es wird bei dieser Gelegenheit der Versuch gemacht werden, um die Czechenführer zu veranlassen, aus ihrer ziellosen Opposition herauszutreten und die neue staatsrechtliche Form anzuerkennen. Der böhmische Landtag wird einberufen und den Czechenführern Gelegenheit geboten in legaler Weise einzulenken, wichtige materielle Zugeständnisse, welche dem Lande neue Quellen des Wohlstandes eröffnen werden, stehen unmittelbar bevor und der Kaiser persönlich nimmt das Vermittlungswerk in die Hände. Verharren die Czechenführer allem dem gegenüber auf dem Standpunkte der Negation, erscheinen sie auf dem Landtage nicht, dann ist die Regierung entschlossen, sofort die direkten Wahlen zum Reichstage auszuschreiben, die, wie man zu hoffen berechtigt ist, jedenfalls ein befriedigendes Resultat liefern werden. Die Opposition, wie sie gegenwärtig in dem czechischen Theile Böhmens bestebt, ist zum größten Theile eine künstlich gemachte, das hat sich neuestens aus Anlaß der von Prag aus arrangirten Steuerproteste deutlich genug herausgestellt, und es ist kein Zweifel, daß das Volk, wenn es über die Tendenzen der Prager Clique aufgeklärt wird, von jener Politik der Verzweiflung nichts wird wissen wollen, welche die Führer, deren Tendenz dahin geht, jeden Anlaß zur Verhetzung des Volkes zu benutzen, um dasselbe nie zur Ruhe und besonnenen Ueberlegung gelangen zu lassen, befolgen. — Die Mittheilung von dem Versuche des Exkönigs von Hannover, eine neue Legion gegen Preußen zu bilden, soll sich in der That bestätigen. Es wäre dies ein Akt der offenbaren Feindseligkeit gegen Preußen und Oesterreich gegenüber, dessen Regierung dadurch kompromittirt wird, ein Mißbrauch des Gastrechts. Man kennt die fixe Idee, welche den Hietzinger Hof beherrscht, der sich von seinen Projekten durchaus nicht abbringen läßt, aber für Oesterreich, das nicht nur seiner deutschen Bewohaer wegen, sondern noch aus vielen anderen politischen Gründen Rücksicht auf Preußen zu nehmen hat, erwächst daraus die Verpflichtung, auf seinem Boden dergleichen Konspirationen nicht zu dulden.

Wien, 9. Mai. Herr v. Beust ist gestern bereits vom Kaiser empfangen worden. — Nach dem Tode des Botschafters Grafen Crivelli in Rom ist die Leitung der Gesandtschaft an den ersten Beamten der Botschaft, den Botschaftsrath Freiherrn v. Ottenfels übergegangen, und wird von demselben ohne besondere Ernennung als Geschäftsträger bis zur Bestellung des Nachfolgers des Verewigten versehen. Es ist dies der ordentliche Hergang.

— Die Reise des Fürsten Richard Metternich beschäftigt die Pariser Korrespondenten mehr als die Wiener publizistischen Kreise. Der „Ind. belge" wird unter Anderem Folgendes darüber geschrieben: „Ist auch die Hochzeit eines Bruders des Fürsten die Hauptveranlassung der Reise, so ist sie vielleicht doch nicht so ganz bar jeder politischen Bedeutung. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Herr v. Beust sich mit dem Fürsten über die Politik Oesterreichs zu besprechen wünscht und ihm Gelegenheit giebt, mehr als es bis jetzt seinerseits der Fall gewesen, die der österreichischen Politik auferlegten Nothwendigkeiten im Auge zu behalten. Mit Recht oder Unrecht wirft man dem österreichischen Botschafter vor, daß er die friedliche Politik des Wiener Kabinets nicht genug betont. Berichte, welche die österreichische Regierung erhalten hat und welche mit Bemerkungen des Duc de Gramont übereinstimmen, lassen Herrn Beust vermuthen, daß der Vertreter seiner Regierung in Paris Hoffnungen anregt, die zu erfüllen für Oesterreich eine Unmöglichkeit wäre." Andererseits werden auch von französischer Seite alle auf eine Ersetzung des Fürsten auf dem Pariser Posten bezüglichen Gerüchte entschieden dementirt.

Paris, 9. Mai. Die vorgestrige Sitzung des Senates, welche mit der Annahme des Preßgesetzes endete, war eine ziemlich stürmische. Man erhitzte sich auf beiden Seiten. Rouher trat scharf auf, und nannte das, was Le Roy de St. Arnaud, Bruder des verstorbenen Marschalls, (er starb bekanntlich in der Krim, kurz vor Beginn der Belagerung von Sebastopol), gesagt, unlogisch und unvernünftig. Geradezu kindisch führten sich aber die Herren Senatoren auf, als Ste. Beuve die Tribüne betrat, um einige Worte gegen das Gesetz, das er in vielen seiner Bestimmungen als nicht liberal bezeichnete, zu sagen. Die Herren wollten wahrscheinlich dem Redner, der es gewagt, im Senate der Denkfreiheit das Wort zu reden, und der sie ganz offen Heuchler genannt hatte, ihre tiefe Verachtung bezeigen; denn während seiner ganzen Rede unterhielten sich die alten Herren ganz laut, so daß nur Wenige dessen Rede verstehen und selbst die Stenographen dieselbe nur theilweise wiedergeben konnten. Der Präsident forderte die Versammlung mehrere Male auf, sich ruhig zu verhalten, was aber nichts half.

Paris, 11. Mai. Gesetzgebender Körper. Die Budget-Kommission wird mit 13 von 18 Mitgliedern 3 Amendements in Vorschlag bringen. Dieselben gehen auf die Entlassung von 50,000 Mann, auf die Fabrikation von 1,200,000 Chassepot-Gewehren statt 1,800,000 und auf eine Ersparniß im Budget des Marineministeriums um 50 Mill. Francs.

London, 11. Mai. Das Unterhaus ist in den Tribünen überfüllt, da sich das irrthümliche Gerücht verbreitet hatte, die bischöfliche Adresse gegen Abschaffung der irischen Staatskirche sei bereits überreicht worden und die Antwort der Königin werde heute Abend bekannt werden. Das Haus beschäftigt sich mit Berathungsgegenständen von untergeordnetem Interesse.

Pommern.

Stettin, 12. Mai. Der Regierungs-Assessor v. Viebahn hierselbst ist an die Regierung zu Breslau versetzt.

— Wie s. Z. gemeldet, wurde dem in der Gießereistraße in Grabow wohnhaften Handelsmann M. in der Nacht zum 22. April cr. mittelst Einbruches aus einem Waarenschuppen eine bedeutende Anzahl Felle und sonstige Vorräthe gestohlen. Als Thäter dieses sowie eines früheren in ganz ähnlicher Weise verübten Diebstahls ist nunmehr der ehemalige Lumpensammler Friedrich Müller aus Polchow ermittelt und verhaftet. Die gestohlenen Felle hat er allerdings längst versilbert.

— Der längere Zeit bei dem Kaufmann Kr. in Arbeit gestandene Johann Purczinsky hat sich dort des fortgesetzten Diebstahls an Südfrüchten ꝛc. schuldig gemacht und sind bei Gelegenheit der Abhaltung einer Haussuchung noch verschiedene Vorräthe in seinem Gewahrsam gefunden worden.

— Gestern wurden der Arbeiter Bernhard Behling und der Fleischergeselle Haust wegen gewerbsmäßigen Hazardspiels verhaftet.

— Heute Mittag zwischen 12 und 1 Uhr entstand bei dem Dampfer „Gozo" an der Silberwiese aus ganz unbedeutender Ursache zwischen einem Kornträger und einem Fuhrmann Streit, der bald in Thätigkeiten ausartete. Bei dieser Gelegenheit versetzte der Kornträger dem Fuhrmann mit der geballten Faust einen Hieb unter's Kinn, so daß dieser vom Wagen fiel, sich dabei an der Wagenachse eine Seite des Kopfes zerschlug und vollständig bewußtlos liegen blieb.

Vermischtes.

Leipzig. Frau Ellinor, eine Dame aus der höheren Gesellschaft Berlins, welche kürzlich auf dem Stettiner Stadttheater große Triumphe als darstellende Künstlerin feierte, wird zu einem Gastspiel an dem hiesigen neuen Theater erwartet. Die Künstlerin, welche sich nebenbei durch verschiedene Aufsätze als geistreiche Schriftstellerin bewährt hat, will von dem Erfolg dieses Gastspieles es abhängig machen, ob sie der Kunst der dramatischen Darstellung sich ganz widmen soll, oder ihr entsagt. Nach den bisherigen Erfolgen ist an der ersteren Eventualität nicht zu zweifeln. (Post.)

Wien. (Oesterreichischer Militärbefehl.) Mit einem vom hiesigen K. K. Generalkommando an sämmtliche Unterabtheilungen erlassenen Befehle wurde der Gebrauch des Augenzwickers bei Offizieren verboten, indem diese besonders bei jungen Offizieren sehr häufig vorkommende Mode nicht nur schädlich, sondern auch unschicksam ist, besonders wenn der Betreffende mit gezogenem Säbel an der Spitze seiner Abtheilung steht. Es haben sich jene Offiziere, die an der Sehkraft geschwächt sind, nur der vorschriftsmäßigen Augengläser zu bedienen. Der Gebrauch der Binocles, deren Konstruktion denen der Brillen gleicht, wurde minder beanstandet, und das Tragen derselben unter der Bedingung zugesagt, wenn der betreffende Offizier sich derselben nur in Fällen bedient, um einen entfernten Gegenstand zu besichtigen, und nicht wie bei dem Monocle, das reine Modesache ist.

Viehmärkte.

Berlin. Am 11. Mai c. wurden auf hiesigem Viehmarkt an Schlachtvieh zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1259 Stück. Die Zutriften waren im Verhältniß zum Konsum noch zu stark; ungeachtet daß ca. 120 Stück Ochsen nach den Rheinlanden verkauft wurden, konnten doch nur mittelmäßige Preise erzielt werden, beste Waare wurde mit 16—17 Rt., mittel 12—14 Rt., ordin. 8 bis 10 Rt. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 2342 Stück, welche bei ziemlich lebhaftem Verkehr nicht aufgeräumt werden konnten; beste Waare wurde mit 16—17 Rt. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafvieh 4515 Stück, Exportgeschäfte wurden fast gar nicht gemacht. Der Handel war sehr schleppend, und blieben bedeutende Posten unverkauft.

An Kälbern 832 Stück, welche zu mittelmäßigen Preisen aufgeräumt wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 11. Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Heimanns, Rathke von Rügenwalde. Sophie, Woywode von Nordköping. Theodora, Ivers von Kopenhagen. Maria, Magnussen von Stockholm. Ellida, Gabrielsen von Faaborg. Wind: SO. Revier 14¼ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Mai Witterung: schön. Temperatur + 18° R. Wind: O.

Weizen matt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 90—100 Rt., bunter 90 98 Rt., weißer 96—104 Rt., ungarischer 85–95 Rt., per 83—85pfd. Mai-Juni 95¾, ¼ Rt. bez., Juni-Juli 93 Rt. bez. u. Br., Juli-August 90 Rt. Br., Sept.-Oktober 79 Rt. bez. u. Br.

Roggen Anfangs fest, Schluß matter, pr. 2000 Pfd. loco 60 bis 66 Rt., pr. Mai 63, 62 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 61, 61¼, 61, 61½ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli do., Juli-August 59 Rt. Br., September-Oktober 55½, 56 Rt. bez. u. Br.

Gerste niedriger, per 1750 Pfd. loco schles. u. mährische 49½, 50 Rt., Oderbruch schwer verkäuflich.

Hafer unverändert, per 1300 Pfd. loco 35—37 Rt., 47—50pfd. per Mai-Juni 36½ Rt. bez. u. Gd.

Erbsen unverändert, Futter- 60—63½ Rt., bessere 67 Rt., Koch- 70 Rt.

Rüböl stille, loco 10⅙ Br., Mai, Mai-Juni 10 Rt. Br., 9⅞ Gd., September-Oktober 10⅙ Rt. Br., 10 Gd., Oktbr.-Novbr. 10⅙ Rt. bez.

Spiritus fester, loco ohne Faß 18¾ Rt. bez., Mai-Juni 18 7/12, ⅔ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 19 Rt. bez. u. Gd., Juli-August 19⅙ Gd., Septbr.-Oktober 18 5/12, ⅓ Rt. bez.

Angemeldet. 50 Wspl. Hafer, 100 Ctr. Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 99½, Roggen 62, Hafer 36½, Rüböl 9⅞, Spiritus 18⅔.

Berlin, 12. Mai, 2 Uhr 6 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84⅛ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95½ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¾ bez. Oesterr. National-Anleihe 54⅝ bez. Pomm. Pfandbriefe 87 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 185¾ bez. Wien 2 Mt. 87 bez. London 3 Mt. 6. 24 bez. Paris 2 Mt. 81⅙ bez. Hamburg 2 Mt. 150⅛ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 74 bez. Oesterr. Banknoten 87⅝ bez. Russ. Banknoten 83¾ bez. Amerikaner 6 % 76½ bez.

Weizen pr. Mai 85, 86 bez. Roggen pr. Mai 60, 62 bez., Mai-Juni 59½, 62 bez., Juni-Juli 59, 61¾ bez. Rüböl loco 10 bez., Mai-Juni 9 23/24, 10 bez., Sept.-Oktober 10 7/24 bez. Spiritus loco 19 bez., Mai-Juni 18⅔, ⅚ bez., Juni-Juli 18¾, 11/12 bez., Juli-August 19, 19⅙ bez.

Hamburg, 11. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco flau, auf Termine weichend. Weizen pr. Mai-Juni 5400 Pfd. netto 165 Bankothaler Br., 164 Gd., pr. Juli-August 155 Br., 154 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 120 Br., 119 Gd., per Mai-Juni 114 Br., 113 Gd., per Juli-August 105 Br. u. Gd. Hafer stille. Rüböl besser, loco 21⅞, per Mai 21⅞, per Oktober 22¾. Spiritus ohne Kauflust, 27¾. Kaffee ruhig. Zink sehr still. Petroleum sehr flau.

Amsterdam, 11. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen flau, per Mai 250, per Juni 268, pr. Juli 231. Raps per Oktbr. 66. Rüböl per November-Dezember 35¼.

London, 11. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 21,754, Gerste 1438, Hafer 12,737 Quarters.

Englischer Weizen sehr knapp zu letzten äußersten Preisen verkauft, fremder sehr ruhig. Preise nominell, unverändert, nur eine geringe Quantität amerikanischer niedriger. Ostseeweizen vom Schiff gedrückt und billiger erlassen. Gerste fest. Hafer unverändert, eher mehr gefragt. Mehl vernachlässigt. — Sehr schönes Wetter.